

**Antrag D-1**  
**SPD-Unterbezirk Göttingen**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in der Fassung der AK**

**Einführung von Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene**

1 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die  
 2 SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, Ge-  
 3 setzesinitiativen für die Einführung Paritätsgeset-  
 4 zen auf den Weg zu bringen. Hierbei muss die pa-  
 5 ritätische Aufstellung von Frauen und Männern auf  
 6 den Landeslisten für alle Parteien gesetzlich vorge-  
 7 schrieben werden.

8 Bei den Direktwahlen in den Wahlkreisen ist das  
 9 von Thomas Oppermann vorgeschlagene Tandem-  
 10 modell eine Möglichkeit, Parität herzustellen.

11

12 **Begründung**

13 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts  
 14 sind wir von einer gleichberechtigten Teilhabe von  
 15 Frauen in der Politik weit entfernt. Der Frauenanteil  
 16 im Deutschen Bundestag ist von zuletzt 36,6 Pro-  
 17 zent auf heute 31 Prozent gesunken. Der Anteil der  
 18 weiblichen Abgeordneten im 18. Niedersächsischen  
 19 Landtag ist auf 27,7 Prozent gesunken. Der Frauen-  
 20 anteil vor der letzten Landtagswahl betrug noch 31,  
 21 4 Prozent.

22 Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht erleben wir aktu-  
 23 ell einen roll-back bei der Gleichstellung von Frau-  
 24 en. Der Erfolg der AfD begünstigt eine Entwicklung,  
 25 dass unsere Parlamente wieder zu frauenfeindli-  
 26 chen Arenen werden. Die geringe Zahl von Parla-  
 27 mentarierinnen zeigt, dass eine Reform des Wahl-  
 28 rechts notwendig ist, um bei der politischen Reprä-  
 29 sentanz von Frauen auf die tatsächliche Gleichstel-  
 30 lung hinzuwirken. Ohne eine Änderung der Wahlge-  
 31 setze geht es nicht.

32 Die SPD setzt sich für eine paritätische Besetzung  
 33 von Frauen und Männern in den Parlamenten ein.  
 34 Politik muss von Frauen und Männern in gleichem  
 35 Maße gestaltet werden, damit alle Blickwinkel für  
 36 gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden. Ei-  
 37 ne Änderung der Wahlgesetze ermutigt und ermög-  
 38 licht Frauen, sich in den politischen Diskurs und  
 39 Entscheidungsprozess produktiv einzumischen. Das  
 40 Wissen und Können von Frauen, die mehr als die  
 41 Hälfte der Bevölkerung stellen, wird dringend ge-  
 42 braucht.

43 **Die Quote fruchtet**

44 Innerparteiliche Quoten bei den Listenaufstellun-  
 45 gen, wie das Reißverschlussverfahren bei der SPD,  
 46 sind erfolgreich. So sind SPD 41,8 Prozent der SPD

Die SPD wird aufgefordert, Gesetzesinitiativen für  
 die Einführung von Paritätsgesetzen auf den Weg zu  
 bringen. Hierbei muss die paritätische Aufstellung  
 von Frauen und Männern für alle Parteien gesetzlich  
 vorgeschrieben werden.

--

Dieser Antrag soll während des ordentlichen Be-  
 zirksparteitages im Rahmen der Arbeitsgruppe Pa-  
 rité diskutiert werden. Die hier gewonnenen Ergeb-  
 nisse sollen dann an die beim SPD-Landesverband  
 Niedersachsen zu diesem Thema eingerichtete Ar-  
 beitsgruppe gegeben werden sowie an die SPD-  
 Landtags- und SPD-Bundestagsfraktion weitergelei-  
 tet werden.

47 Bundestagsabgeordneten Frauen, bei den Grünen  
48 sind es 58,2 Prozent und der Linken 53,6 Prozent. Bei  
49 den konservativen und rechten Parteien, wie bei der  
50 CDU/CSU, stellen die weiblichen Abgeordneten im  
51 19. Deutschen Bundestag hingegen nur 19,9 Prozent,  
52 bei der FDP 22,5 Prozent und der AfD sogar nur 10,8  
53 Prozent.

54 Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauen-  
55 anteil bei den SPD-Abgeordneten 34,6 Prozent und  
56 bei den Grünen 50 Prozent, beides Parteien mit Quo-  
57 te. Bei der FDP beträgt der Frauenanteil lediglich  
58 27,3 Prozent, bei der CDU 18,0 Prozent und der AfD  
59 11,1 Prozent.

60 Eine solche drastische Diskriminierung von Frauen  
61 in der Politik ist nicht mehr hinnehmbar. Sie muss  
62 durch Paritätsgesetze auf Landes- und Bundesebene  
63 behoben werden. Die Erfolgsaussichten für entspre-  
64 chende Mehrheiten sind gut. Neben den Grünen  
65 und den Linken hat sich auch die CDU-Spitze für die  
66 Einführung eines Paritätsgesetzes ausgesprochen.  
67 Das Bundesverfassungsgericht verlangt wegen der  
68 großen Zahl an Überhang- und Ausgleichsmanda-  
69 ten eine Reform des Wahlrechts auf Bundesebene.

70 Nach dem Vorbild des Ende Januar verabschiedeten  
71 ersten paritätischen Wahlgesetzes in Deutschland  
72 im Land Brandenburg, sollten in Niedersachsen und  
73 im Bund durch die SPD Wahlgesetze auf den Weg  
74 gebracht werden, die zur Aufstellung paritätischer  
75 Kandidatenlisten – also abwechselnd Frau – Mann,  
76 verpflichten. Ein solches Gesetz reagiert damit auf  
77 einen demokratischen Missstand: 100 Jahre nach  
78 Einführung des Frauenwahlrechts, mit dem Frauen  
79 als hälftiger Teil des Volkes und Souveräns sichtbar  
80 wurden, fehlt es immer noch an ihrer gleichberech-  
81 tigten demokratischen Teilhabe.

#### 82 **Parität bei den Direktwahlkreisen**

83 Eine weitere Ursache für die Unterrepräsentanz von  
84 Frauen in den Parlamenten liegt im Mehrheitswahl-  
85 recht mit den Direktwahlkreisen. Noch immer beset-  
86 zen häufig die männlichen Platzhirsche die Kandida-  
87 turen für aussichtsreiche Direktwahlkreise.

88 Die Göttinger SPD unterstützt den Vorschlag des  
89 Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann, der die Einführung eines „Tandemmodells“  
90 nach französischem Vorbild vorschlägt.

92 Danach werden zukünftig in den Direktwahlkreisen  
93 „Duos“ aus jeweils einer Frau und einem Mann ge-  
94 wählt. Dieses in Frankreich erfolgreiche Verfahren  
95 setzt jedoch eine Reduktion und Vergrößerung der  
96 Wahlkreise voraus.

97 Nach einem solchen Paritätsgesetz werden je zwei

98 bisherige Bundestagswahlkreise zusammengefasst  
99 und auf separaten Listen je eine Frau und ein Mann  
100 gewählt. Die bisherige Zweitstimme auf den Lan-  
101 deslisten wird zur Drittstimme.  
102 Den Direktwahlkreis gewinnt die Frau mit den meis-  
103 ten Stimmen und der Mann mit den meisten Stim-  
104 men. Diese müssten nicht zwingend der gleichen  
105 Partei angehören. Und nicht jede Partei müsste  
106 zwingend einen Mann und eine Frau pro Wahlkreis  
107 ins Rennen schicken.  
108 Erst ein solches Paritätsgesetz mit einer verpflich-  
109 tenden Frauenquote bei der Listenaufstellung und  
110 dem Tandemmodell im Direktwahlkreis sichert eine  
111 angemessene und paritätische Vertretung von Frau-  
112 en in den Parlamenten.